

THAILAND VERNEIGT SICH VOR CHINA (ZUM BESUCH DES THAILÄNDISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN IN DER VR CHINA)

Oskar Weggel

Am 30. Juni traf der thailändische Ministerpräsident Kukrit Pramoj mit einer 40köpfigen Delegation zu einem offiziellen Besuch in der VR China ein.

Noch am gleichen Tag wurde er von Chou En-lai "in einem Hospital" in Peking empfangen (1). Teng Hsiao-p'ing gab für den thailändischen Gast am selben Abend ein Bankett (2).

I. Die Bankettreden

In seiner Bankettrede wies Teng Hsiao-p'ing darauf hin, daß es, "bevor Kolonialismus und Imperialismus in Asien eindrang, eine Periode gegeben hat, da zwischen China und Thailand in einem ununterbrochenen Strom Gesandte hin- und herreisten und der wirtschaftliche und kulturelle Austausch zwischen beiden Völkern rege war. In der Geschichte der Beziehungen zwischen China und Thailand wanderten nicht wenige Chinesen nach Thailand aus und lebten mit der Bevölkerung dort freundschaftlich zusammen, so daß zu den Beziehungen zwischen den Völkern Chinas und Thailands noch eine verwandtschaftliche Bindung hinzukam. Nach der Gründung des Neuen China kam es leider aufgrund der Obstruktion und Sabotage seitens des Imperialismus zur zeitweiligen Unterbrechung der Kontakte zwischen unseren beiden Ländern. Aber das war in der langen Geschichte der Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern nur eine kurze Episode. Wir sehen mit Freude, daß in den letzten Jahren die traditionelle Freundschaft unserer Völker rasch wiederhergestellt wurde und sich entwickelte. Der kulturelle, sportliche, wissenschaftliche Austausch und der Handel zwischen den beiden Ländern sind stetig angewachsen (3).

Der Kernsatz Teng Hsiao-p'ings aber beschäftigte sich wieder mit den beiden Supermächten. Nachdem die USA sich hätten aus Indochina zurückziehen müssen, versuche nun die "andere Supermacht" ihre Hände nach Südostasien auszustrecken. "Unersättlich ist sie auf der Jagd nach neuen Militärstützpunkten in Südostasien; ihre Flotten kreuzen im Indischen Ozean und im westlichen Pazifik, den Frieden und die Sicherheit der Länder Südostasiens bedrohend. Der Schatten ihres Expansionismus fällt auf Südostasien; es ist das Bestreben dieser Supermacht, die Region Südostasien eines Tages in ihre Einflußsphäre zu verwandeln ... Doch hat die Geschichte bewiesen und wird auch weiter beweisen, daß Südostasien den südostasiatischen Völkern gehört, nicht aber irgendeiner Supermacht ..." (4).

Ministerpräsident Kukrit Pramoj ging ebenfalls zunächst auf die lange gemeinsame chinesisch-thailändische Geschichte ein,

die nur durch eine kurze Periode der "Mißverständnisse" unterbrochen worden sei.

Bei allen Gemeinsamkeiten, die beide Völker in der Vergangenheit entwickelt hätten und bei aller Modellhaftigkeit auch, die China heute aufweise (Barfußärzte, Landwirtschaftspolitik etc.), sei Thailand aber doch einen ganz anderen Weg gegangen als die Volksrepublik China. Die Revolution im Königreich Thailand sei "von oben angeregt worden, unter der Führung unserer Könige, die immer die Notwendigkeit administrativer und sozialer Reformen verstanden haben, um mit den jeweils vorherrschenden Umständen schrittzuhalten ..." (5). Wenngleich jedoch die Methoden verschieden seien, so sei "das Endresultat das gleiche: Es ist die Herstellung von Gleichberechtigung und Gerechtigkeit in der Gesellschaft und die Erreichung der Gleichheit im Lebensstandard unter den Menschen. Das ist das Ziel des Königreiches Thailand, und es ist mir ganz klar, daß dies auch die Politik der Regierung der Volksrepublik China ist".

Etwas zwiespältig auf die chinesischen Zuhörer mag einer der Kernsätze Kukrit Pramojs gewirkt haben, der folgendermaßen lautete: "In der Gegenwart haben die Bestrebungen, Hegemonie und Einflußsphären zu errichten, nicht nachgelassen, und die Länder Südostasiens müssen weiter allen Arten der Subversion von außen Widerstand leisten, um ihr Recht auf Wahl ihrer eigenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme ohne fremde Einmischung zu schützen".

Der thailändische Ministerpräsident nannte in diesem Zusammenhang keine Namen und ließ deshalb durchaus die Deutung offen, daß auch China als einer der Einmischer in Frage kommen könnte, zumal im gleichen Kontext noch die "Bekräftigung der Regierung des Königreiches Thailand" vorkommt, "daß nur das Volk eines jeden Landes das Recht hat, frei von äußerer Einmischung sein eigenes politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System zu wählen" (6).

Um dieser Subversion Einhalt zu gebieten, hätten fünf Länder Südostasiens, nämlich Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapore und Thailand, im Jahre 1966 die Bangkok-Deklaration abgegeben und daraufhin die ASEAN gegründet. In der Kuala Lumpur-Deklaration von 1971 hätten die fünf Länder dann gemeinsam beschlossen, Südostasien in eine Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität umzuwandeln. Ganz Südostasien solle ein Gebiet, frei von den Rivalitäten und Konflikten der Großmächte, werden, also eine "Zone der Stabilität".

Man muß zugeben, daß Kukrit Pramoj in unmißverständlichem Klartext gesprochen hat. Sein Auftreten unterschied sich dadurch ganz wesentlich von den permanent schmeichelhaften Worten, die die Chinesen nur wenige Wochen vorher vom philippinischen Präsidenten zu hören bekommen hatten.

II. Das Kommuniqué

Am 1. Juli kam es zur Unterzeichnung eines "Gemeinsamen Kommuniques über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Königreich Thailand", das folgenden Wortlaut hat:

"1. Die Regierung der Volksrepublik China und die Regierung des Königreichs Thailand haben im Wunsch, die traditionellen und freundschaftlichen Beziehungen der Völker beider Länder wiederzubeleben und weiter zu stärken, und in Übereinstimmung mit den Interessen und gemeinsamen Anliegen der beiden Völker beschlossen, ab 1. Juli 1975 einander anzuerkennen und diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

2. Die beiden Regierungen bekräftigen erneut, daß nur das Volk eines jeden Landes das Recht hat, ohne Einmischung von außen sein politisches, wirtschaftliches und soziales System zu wählen. Sie teilen auch die Überzeugung, daß die Unterschiede zwischen dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen System der Volksrepublik China und dem des Königreichs Thailand kein Hindernis für die Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen der zwei Länder und Völker auf der Grundlage der Prinzipien der gegenseitigen Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens und der friedlichen Koexistenz sein sollten.

3. Die beiden Regierungen kommen überein, gemäß den oben genannten Prinzipien alle Konflikte mit friedlichen Mitteln beizulegen und sich der Anwendung oder der Androhung von Gewalt zu enthalten.

4. Die beiden Regierungen stimmen überein, daß jegliche ausländische Aggression und Subversion sowie alle Versuche irgendeines Staates, ein anderes Land zu kontrollieren oder sich in dessen innere Angelegenheiten einzumischen, unzulässig und zu verurteilen sind.

5. Die beiden Regierungen sind ebenso gegen alle Versuche irgendeines Landes oder irgendeiner Gruppe von Ländern, in irgendeinem Teil der Welt eine Hegemonie zu errichten oder Einflußsphären zu schaffen.

6. Die Regierung des Königreichs Thailand anerkennt die Regierung der Volksrepublik China als die einzig rechtmäßige Regierung Chinas, akzeptiert den Standpunkt der chinesischen Regierung, daß es nur ein China gibt und daß Taiwan ein untrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums ist, und sie beschließt, all ihre offiziellen Vertretungen aus Taiwan innerhalb eines Monats, gerechnet vom Tag der Unterzeichnung dieses Kommuniques an, zurückzuziehen.

7. Die Regierung der Volksrepublik China anerkennt die Regierung des Königreichs Thailand und stimmt zu, die Unabhängigkeit, die Souveränität und die territoriale Integrität Thailands zu respektieren.

8. Die Regierung der Volksrepublik China nimmt die Tatsache

zur Kenntnis, daß in Thailand ansässige Chinesen seit Jahrhunderten in Harmonie und Freundschaft mit dem thailändischen Volk leben, in Übereinstimmung mit den thailändischen Gesetzen und mit den Sitten und Gebräuchen des Volkes von Thailand. Die Regierung der Volksrepublik China erklärt, daß sie Doppelstaatsbürgerschaft nicht anerkennt. Beide Regierungen betrachten jeden, der chinesischer Staatsbürgerschaft oder Abstammung ist und die thailändische Staatsbürgerschaft erwirbt, automatisch als der chinesischen Staatsbürgerschaft verlustig gegangen. Was jene chinesischen Bewohner Thailands betrifft, die auf eigenen Wunsch die Beibehaltung der chinesischen Staatsbürgerschaft wählen, verlangt die chinesische Regierung in Übereinstimmung mit ihrer konsequenten Politik von ihnen, die Gesetze des Königreichs Thailand einzuhalten, die Sitten und Gebräuche des thailändischen Volkes zu achten und mit ihm in Eintracht zu leben. Ihre legitimen Rechte und Interessen werden von der chinesischen Regierung geschützt und von der Regierung des Königreichs Thailand respektiert.

9. Die beiden Regierungen stimmen überein, eine Politik der Entwicklung der gegenseitigen Handels-, Wirtschafts- und kulturellen Beziehungen zu verfolgen.

10. Die Regierung der Volksrepublik China und die Regierung des Königreichs Thailand kommen überein, so bald wie möglich Botschafter auszutauschen und entsprechend den internationalen Gepflogenheiten auf Basis der Gegenseitigkeit einander alle notwendige Hilfe für die Errichtung und die Ausübung der Funktionen der diplomatischen Missionen in der jeweiligen Hauptstadt zu gewähren.

(Gez. CHOU EN-LAI

(Gez.) MOM RAJWONGSE
KU KRIT PRAMOJ

Ministerpräsident des Staates der Volksrepublik China
Ministerpräsident des Königreichs Thailand

Peking, den 1. Juli 1975

Die thailändische Regierung gab in diesem Zusammenhang noch folgende Erklärung ab:

Sofort nach der Veröffentlichung des gemeinsamen Kommuniques über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Königreich Thailand und der Volksrepublik China "beendet die Regierung des Königreichs Thailand alle bestehenden offiziellen Beziehungen zwischen Thailand und Taiwan. Die Regierung des Königreichs Thailand ist ferner der Auffassung, daß vom Tag der Veröffentlichung des gemeinsamen Kommuniques an alle zwischen Thailand und Taiwan unterzeichneten offiziellen Abkommen außer Kraft sind. Alle offiziellen Vertretungen Taiwans in Thailand sind aufgefordert worden, innerhalb eines Monats, vom Tag der Unterzeichnung des Kommuniques an gerechnet, das Land zu verlassen." (7)

Drei Bestimmungen des Kommuniques verdienen eine etwas nähere Betrachtung:

a) Zunächst § 2

Ebenso wie Malaysia und die Philippinen haben auch die Thais großen Wert auf die Nichteinmischungsklausel gelegt. Gerade in Thailand ist man in diesem Punkt besonders sensibel geworden, und zwar aus zwei Gründen:

Zum einen gibt es drei politischen Erdbebengebiete, nämlich

den Norden, den Nordosten und den Süden, in denen sich zahlreiche Untergrundorganisationen, zumeist unter der Leitung der KP Thailands, beträchtliche Ellenbogenfreiheit verschafft haben (8).

Zum anderen ist der Schock vom Oktober 1973 noch immer nicht überwunden. Bis zu diesem Zeitpunkt schien es in Thailand ausgemacht, daß jede Revolution nur von oben her über das Cliquensystem gesteuert werden könne (9).

Die Bangkokker "Oktoberrevolution" von 1973 wies demgegenüber ein Novum auf, insofern nämlich hier zum ersten Male ein Umsturz "von der Basis her" betrieben wurde, nämlich durch die Studenten. Hatten sich bisher immer nur die "Mächtigen" (Phuuyai) gegenseitig von den Hebeln der Macht verdrängt, so waren es nun zum erstenmal die "kleinen Leute" (Phuunooj), die den Umsturz inszeniert hatten (10). Der Vorfall hat gezeigt, daß von nun an auch mit der Basis gerechnet werden muß, deren revolutionäres Potential durch Unterstützung von außen her gefährlich erweitert werden könnte.

b) § 5

Bemerkenswert ist die Mühelosigkeit, mit der Peking seine Antihegemonie-Klausel im Kommuniqué mit Thailand unterbringen konnte. Schon Malaysia hatte eine solche Klausel im Kommuniqué akzeptiert. Die Gründe, warum die Philippinen nicht dazu veranlaßt werden konnten, können nur vermutet werden. Manila hat ja seit 1972 eine systematische "Ostpolitik" entwickelt. Imelda Marcos war im Zuge dieser neuen Politik nicht nur nach Peking gereist, sondern vorher schon nach Moskau. Offensichtlich hat sich die philippinische Regierung, die auf "Äquidistanz" zu beiden kommunistischen Mächten bedacht ist, nicht in eine antisowjetische Haltung hineindrängen lassen, wie sie ja in der Antihegemonie-Klausel allemal zum Ausdruck kommt. Gerade Japan hat mit dieser Klausel Mühe und Not. Seit Monaten drohen die chinesisch-japanischen Friedensverhandlungen an der japanischen Weigerung zu scheitern, die Klausel zu akzeptieren. Die Klausel, die übrigens auch bereits im Chou-Nixon-Kommuniqué von Shanghai (Februar 1972) aufgenommen worden war, besagt, daß der Partner sich verpflichten soll, keine Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum auszuüben, und daß beide auch nicht dulden wollten, daß eine dritte Macht eine solche Hegemonie aufbaut. Nach Lage der Dinge richtet sich die Klausel einerseits gegen eine potentielle Ausweitung des japanischen Einflusses in Asien, vor allem aber trägt sie antisowjetischen Charakter. Nun möchte Japan, das durch sein bisher so einseitiges Engagement zugunsten der VR China die Politik der Äquidistanz zwischen Moskau und Peking ohnehin schon um ein beträchtliches Stück zugunsten des letzteren aufgegeben hat, die Sowjetunion nicht noch zusätzlich durch eine Hegemonieklausel verärgern, die von Moskau als offener Affront empfunden würde. Gerade auf eine solche Zuspitzung, die das Verhältnis zwischen Moskau und Tokyo noch mehr trüben würde, wollen die Chinesen aber hinaus. Die Chinesen haben sich hier bisher auf keinerlei Kompromisse eingelassen. Immerhin geht es darum, die Weichen für das künftige Verhältnis zwischen den beiden wichtigsten Nachbarstaaten zu stellen, vor allem aber zu verhindern, daß es zu einer "Unheiligen Allianz" zwischen dem früheren Hauptfeind, der heute zu einer wirtschaftlichen Weltmacht geworden ist, und dem neuen Feind Nr. 1, dem "Sozio-Imperialismus", kommt.

Ähnliche Bedenken haben in Bangkok offensichtlich nicht bestanden: Zum einen kommt Thailand nicht als Träger irgendwelcher

Hegemoniebestrebungen in Betracht, da ihm - im Gegensatz zu Japan - dazu ganz einfach das wirtschaftliche und politische Gewicht fehlt. Zum anderen aber ist die Führung in Bangkok wohl auch der Ansicht, daß sich die Anti-Hegemonie-Klausel im thailändischen Kontext bei weitem nicht so antisowjetisch ausnimmt wie im Dreieck Moskau-Tokyo-Peking.

Die Anti-Hegemonie-Klausel des Kommuniqué-Absatzes Nr. 5 wurde von Moskau als Affront gegen seinen Plan eines "kollektiven Sicherheitssystems in Asien" empfunden; denn was könne die Parole vom Kampf gegen die "Hegemonie" der Supermächte schon anderes bedeuten als eine bewußte Politik, den Kampf gegen die friedliche Politik der UdSSR zu führen (11).

c) § 8

Besonders eingehend ist die Regelung des Auslandschinesenproblems behandelt worden (§ 8 des Kommuniqué). Kein Wunder: Hat doch Thailand, wenn man einmal von Singapore absieht (76,1% Chinesen), nach Malaysia (37,8%) und Brunei (20,0%) den dritthöchsten Huachiao-Anteil aller Länder Südostasiens, und zwar mit 11,3%! (Weitere Vergleiche: Kambodscha: 6,8%, Südvietnam: 6,2%, Indonesien: 3,0%, Laos: 2,0%, Philippinen: 1,8%, Birma: 1,5% und Nordvietnam: 0,9%). Allerdings ist in Thailand das Auslandschinesenproblem weniger gravierend als in anderen südostasiatischen Staaten. Während die eliteorientierten Chinesen sich in den ehemals französischen Kolonien französisiert, in den englischen anglisiert und in Indonesien holländisiert hatten, blieben sie in dem kolonial nie unterjochten Thailand stets in enger Tuchfühlung mit der thailändischen Elite, auch wenn sie, wie spätere Thai-Nationalisten es wahrhaben wollten, um nichts in der Welt zu assimilieren waren. Immerhin verfügten sie ja über eigene Schulen, hatten sich im Laufe der Zeit zahlreiche Handelsmonopole gesichert (Transport, Reismühlen etc.) und lebten nicht selten auch in selbstgewählten "Gettos" (China-Town in Bangkok etc.). Die ersten Chinesen waren bereits im 13. und 14. Jh. nach Thailand eingewandert und dort im Dienste des Königs und der siamesischen Bürokratie bald zu Ansehen gekommen. Ihren Höhepunkt erreichte die Einwanderung im 19. Jh. Vor allem in der Hauptstadt Bangkok waren bald mehr Chinesen als Thais.

Ein eigentliches "Auslandschinesenproblem" kam allerdings erst mit dem Entstehen des Thai-Nationalismus auf. Vor allem der Staatsstreich von 1932 brachte hier eine grundsätzliche Wende. Phibun Songkhram, der 1938 an die Macht kam, versuchte eine forcierte Assimilierungspolitik und eine möglichst umgehende wirtschaftliche Thaisierung. Seine Regierung beließ es nicht bei gesetzgeberischen Maßnahmen, sondern appellierte darüber hinaus an jeden Thai-Patrioten, in Zukunft keinen Ausländer (sprich: Chinesen) mehr zu heiraten, nur noch Lebensmittel zu konsumieren, die von Thais produziert seien, und überhaupt Waren chinesischer Herkunft zu boykottieren. Diese antichinesische Politik wurde noch verschärft, als japanische Truppen am 8. Dezember 1941 in Thailand eindringen.

Nach dem Krieg, als die Phibun-Regierung für kurze Zeit eliminiert war, zeichnete sich eine Lockerung der bisher so antichinesischen Politik ab. Als Phibun freilich aufgrund eines Staatsstreiches vom 8. November 1947 erneut an die Macht kam, setzte er seine alte Diskriminierungspolitik fort. Der chinesischen Gemeinde in Thailand schienen harte Jahre bevorzustehen. Doch da trat 1955 eine überraschende Wendung zum Besseren ein. Phibun verkündete eine neue Ära in der Politik gegenüber "Auslän-

dern". Die Gründe? Einige Spekulationen gingen dahin, daß Phibun von seinen amerikanischen Ratgebern zu diesem Kurswechsel überredet worden sei. Andere brachten die Wendung mit der Bandung-Konferenz (April 1955) zusammen. Schließlich war aber auch zu befürchten, daß die Chinesen durch eine Fortsetzung der bisherigen Diskriminierungspolitik in die Arme der Kommunisten getrieben würden. Konnte man es sich leisten, die chinesische Gemeinde zu einem Trojanischen Pferd für sino-kommunistische Einflüsse in Thailand werden zu lassen?

Obwohl sich das "Chinesenproblem" wieder zu beruhigen begann, kam es doch immer wieder zu explosionsartigen Ausbrüchen. Der letzte chronische Vorfall dieser Art ereignete sich Anfang Juli 1974 in Bangkok. Zentrum der Ausschreitungen war die Polizeistation "Plabtlachai" in einem Innenstadtviertel, in dem sich zahlreiche der für Bangkok so bezeichnenden Vergnügungsetablissemments niedergelassen haben. Die Thai-Polizisten hatten dort unter häufig fadenscheinigen "Buße"-Vorwänden eine Art legaler Erpressungspolitik betrieben. Auf diese Weise kam es zu Spannungen, vor allem zwischen chinesischen Jugendlichen und Angehörigen der Polizei. Am 3. Juli explodierte das Pulverfaß. Es kam zu schweren Ausschreitungen, die fast drei Dutzend Todesopfer forderten. Die Regierung in Bangkok ließ erklären, es handle sich hier um eine unpolitische Affäre. Andere glaubten, Taiwan habe als Drahtzieher hinter der Angelegenheit gestanden. Am häufigsten aber wies man darauf hin, Pekings Gefolgsleute hätten den Vorfall inszeniert. Die letztere Ansicht vertrat insbesondere Radio "Frieden und Fortschritt". Das Blutbad im Bangkok-Chinesenviertel sei durch "Auslandschinesische Geheimorganisationen" ausgelöst worden, denen die "Peking-Führung" seit kurzem ungewöhnliche Beachtung schenke. Peking versuche mit allen Mitteln, diese gut organisierten Geheimorganisationen in ein Instrument des Drucks gegen die thailändische Regierung umzuwandeln (12).

Ob diese Konspirationstheorie nun richtig ist oder nicht: Auf alle Fälle hat der Vorfall, der aus einem kleinen Anlaß heraus entstanden ist, gezeigt, wie explosiv das Auslandschinesenproblem nach wie vor ist.

Liest man allerdings den Absatz 8 des Kommuniqués, so bekommt man ein Bild der heilen Welt vermittelt: "Die Regierung der VR China nimmt die Tatsache zur Kenntnis, daß in Thailand seit Jahrhunderten chinesische Einwohner in Harmonie und Freundschaft mit der Thai-Bevölkerung gelebt haben.....". Man nimmt hier also nur die musterhafte Assimilationspolitik zur Kenntnis, nicht aber den Aspekt chronischer Differenzen.

Ebenso wie beim Kommuniqué mit Malaysia von 1974 (13) und im Kommuniqué mit den Philippinen (14) wird in dem Kommuniqué ausdrücklich geregelt, daß in Zukunft von beiden Regierungen keine doppelte Staatsangehörigkeit mehr anerkannt wird. Es gibt entweder Auslandschinesen mit Thai-Nationalität oder aber mit chinesischer Nationalität. Die letztere Gruppe, die sich im Jahre 1960 noch auf 409.508 Personen belief, wird heute nur noch mit etwa 170.000 angegeben. Hierbei handelt es sich nicht um einflußreiche oder begüterte Mitglieder der chinesischen Kolonie, sondern eher um kleine Händler und andere Personengruppen mit niedrigerem Einkommen, die zumeist überhaupt nicht das Objekt antichinesischer Ressentiments und Ängste der Thais sind (15). Die Kommuniqué-Regelung trägt also keineswegs zum Abbau der Spannungen bei, sondern bringt höchstens atmosphärische Verbesserungen.

III. Der Besuch bei Mao Tse-tung

Der thailändische Ministerpräsident erhielt in seinem Gespräch mit Mao Tse-tung am 1. Juli (16) auch Ratschläge des Vorsitzenden über den Umgang mit Kommunisten. Thailand solle stets drei Maßnahmen beachten, die er, Mao, 1949 im Kampf gegen Chiang Kai-shek angewandt habe:

- Man mache keine Propaganda gegen die Kommunisten.
- Man bekämpfe sie nicht; denn "wenn man Soldaten schickt, laufen sie davon in den Dschungel, und wenn die Soldaten fort sind, kommen sie zurück."
- Man töte sie nicht; denn "wenn man sie tötet, macht man Märtyrer aus ihnen."

Mao erklärte dem thailändischen Ministerpräsidenten, daß China die Kommunisten zwar überall unterstützen müsse; es werde sich dabei aber nicht in die inneren Angelegenheiten Thailands einmischen. Die KP Thailands sei sehr klein. Sie bestehe zwar seit über einem Jahrzehnt, "aber noch kein einziger thailändischer Kommunist ist hierher gekommen, um mich zu besuchen" (17).

Bei einer Pressekonferenz erklärte Kukrit Pramoj, die Chinesen hätten ihm versichert, daß sie weder die thailändischen Kommunisten unterstützten noch etwas mit dem Partisanensender "Stimme des Volkes von Thailand" zu tun hätten. Gefragt, ob er diesen chinesischen Versicherungen Glauben schenken wolle, erwiderte der Premier lediglich: "Ich bin hier, um für Freundschaft zu sorgen. Ich möchte auf diese Frage nicht eingehen" (18).

IV. Wie war es überhaupt zu der chinesisch-thailändischen Annäherung gekommen?

(Hierzu ausführlich C.a. Mai 1973, S.222-223, und C.a. 1974, Januar, Ü 22, Februar, Ü 12, März, Ü 17, Mai, Ü 33; 1975, Januar, Ü 46, Februar, Ü 16 und Ü 72, März, Ü 18, April, Ü 20.)

V. Der Stellenwert Thailands im außenpolitischen Kalkül Pekings

Die Beziehungen zu Bangkok helfen aus chinesischer Sicht wohl auch dazu bei, die Balance gegenüber dem in Indochina so stark gewordenen Hanoi aufrechtzuerhalten. Hanois Beziehungen zu Peking sind unsicher. Ein sowjetischer Zugang nach Südostasien - möglicherweise ein Marinestützpunkt in der vietnamesischen Bucht von Cam Ranh - würde das gesamte Machtgleichgewicht in Asien verändern. China wäre dann, langfristig gesehen, sogar der Hauptverlierer des Indochina-Krieges. Die eigentliche Gefahr für die Sicherheit Chinas schien noch Mitte der sechziger Jahre hauptsächlich von Thailand auszugehen, das eine Art amerikanischer Flugzeugträger war. In der Zwischenzeit droht Hanoi, zu einer Speerspitze der Sowjetunion in Südostasien zu werden. Die Ausgangslage für neue Bündnisse hat sich also grundlegend verändert. Der sino-sowjetische Konflikt beginnt, in Südostasien eine noch viel stärkere Wirkung zu entfalten als während des Vietnamkrieges. Sowohl Moskau als auch Peking beschuldigen einander, das Vakuum, das durch den Abzug der USA verursacht worden ist, ausfüllen zu wollen.

Die neue Situation verlangt übrigens, daß China sich nicht nur mit Thailand enger verbündet, sondern auch das Fortbestehen

der US-Präsenz für wünschbar hält, während es Moskau andererseits am liebsten sähe, wenn die USA ganz aus Asien verschwänden.

Die Fundamente für eine weitere US-Präsenz sind in den vergangenen Jahren, vor allem aber seit der Niederlage Saigons, immer schmaler geworden:

Die engen Beziehungen zwischen Bangkok und Washington begannen 1950 im Zeichen des Antikommunismus: Auf dem chinesischen Festland hatten sich die chinesischen Kommunisten etablieren können: in Korea brach ein Krieg aus, der aus der Sicht Bangkoks ebenfalls eine rein kommunistisch initiierte Angelegenheit war. Gleichzeitig fühlte sich das Regime des Marschalls Phibun durch Machenschaften des früheren Premiers Pridi bedroht, der die Sympathien Chinas und der thailändischen Linken genoß.

In dieser Situation schien die Hinwendung zu den Protagonisten des Antikommunismus, den USA, ein der Situationslogik entsprechender Schritt.

Für die Amerikaner umgekehrt, war ein antikommunistisches, US-freundliches Thailand der archimedische Punkt für eine effektive antikommunistische Politik in Südostasien.

Diese Interessenidentität führte im Laufe der Jahre zu einer Art Achse Washington-Bangkok.

Im April 1950 bereits wurden formelle militärische Hilfsabkommen angekündigt, durch die Washington an Thailand Waffen im Werte von 10 Mio. US-Dollar zu liefern versprach. Die Ereignisse in den nächsten Monaten sollten Bangkok in der Überzeugung bestärken, daß es den richtigen Schritt getan hatte; vor allem mehrten sich nämlich die Übergriffe auf Laos und Kambodscha durch den Vietminh, und es bestand Gefahr, daß auch die empfindlichen Nordostgebiete des eigenen Landes in Mitleidenschaft gezogen würden.

Kein Wunder, daß Thailand in dieser Situation der erste Staat wurde, der den südostasiatischen Verteidigungspakt (SEATO) unterzeichnete. Obwohl die Zugehörigkeit zur SEATO zunächst zahlreiche Vorteile mit sich brachte (bessere technische Zusammenarbeit und rasche Modernisierung der Thai-Truppen), fühlte Bangkok sich unter dem Schirm des Sicherheitsbündnisses noch nicht genügend geschützt.

Deshalb kam es im Jahre 1962 zusätzlich zu dem berühmten Rusk-Thanat Khoman-Memorandum, in dem die Vereinigten Staaten die Garantie aussprachen, den Thais Hilfe auch ohne vorherige Zustimmung der anderen Pakt-Mitglieder zu gewähren. Damit sollte dem Sicherheitsbedürfnis Thailands angesichts der kritischen Situation in Laos im Mai 1962 Genüge getan werden. Durch das Rusk-Thanat-Kommunique übernahmen die USA m.a.W. bilaterale Verpflichtungen für Thailands Sicherheit. In der gemeinsamen Erklärung der beiden Außenminister vom 6. März 1972 hieß es: "The Secretary of State reaffirmed that the United States regard the preservation of the independence and integrity of Thailand as vital to the national interest of the United States and to world peace. He expressed the firm intention of the United States to aid Thailand, its ally and historic friend, in resisting Communist aggression and subversion. The Secretary of State reaffirmed that this obligation of the United States does not depend upon the prior agreement of all other parties to the treaty (SEATO), since this treaty obligation is individual as well as collective."

Mö glicherweise wurde daneben noch ein Geheimabkommen geschlossen, das dann in seinen weiteren Auswirkungen dazu führte, daß rd. 12.000 thailändische Soldaten auf den vietnamesischen Kriegsschauplatz entsandt und durch die USA militärisch ausgestattet wurden (Fulbright-Mansfield-Differenzen 1971). Von dem Geheimabkommen einmal ganz abgesehen, wurde nicht einmal das Rusk-Thanat-Kommunique von 1962 formell dem US-Senat zur Billigung vorgelegt. Gleichwohl sollte es die beachtlichsten Auswirkungen zeitigen. Bereits vier-einhalb Monate vor Abschluß des Genfer Laos-Abkommens nämlich ließ Präsident Kennedy ein Expeditionskorps von 5.000 Marinesoldaten in Thailand Posten beziehen. Diese in ihrer Größenordnung ursprünglich bescheidene Einheit sollte im Zuge der weiteren Eskalation des Indochina-Krieges schließlich auf 50.000 Soldaten anwachsen.

Die sich auf diese Weise anbahnenden engen Beziehungen waren für beide Seiten höchst vorteilhaft:

Thailand hatte seinen ökonomischen Nutzen (von 1965-1969 gaben die Amerikaner ungefähr 1,6 Mrd. US-Dollar in Thailand aus, davon 750 Mio. für Flugbasen, Straßen und Kommunikationseinrichtungen, aber auch für die Entlohnung der 44.000 thailändischen Mitarbeiter und die persönlichen Bedürfnisse der Soldaten. 20 Mio. US-Dollar jährlich erbrachten allein die GIs, die aus Vietnam auf Urlaub kamen.)

Erheblichen Nutzen hatten aber auch die USA: Thailand wurde nämlich nun zu einem wichtigen Hinterland der amerikanischen Streitkräfte. Es entstanden 11 Großflugbasen (Chiangmai, Udorn, Nakhon Phanom, Sakon Nakhon, Khon Kaen, Ubon, Korat, Lopburi, Kanchanburi, Bangkok und Satthai), von denen aus entweder "Erkundungsflüge", d.h. Bombenflüge (vor allem gegen den Ho Chi-Min-Pfad) oder aber Aufklärungsflüge gestartet wurden. Als die amerikanischen Streitkräfte gar im Zuge der Nixon-Doktrin nach und nach aus Vietnam abgezogen wurden, fanden sie teilweise in Thailand neue Basen. Der sogenannte "Abzug" aus Vietnam wurde damit partiell zu einem Umzug nach Thailand. Zwar gehört den USA in Thailand keine einzige der von ihnen gebauten Flugbasen; trotzdem hatte sich die Situation 1972 so gewandelt, daß statt bislang 40 nunmehr 80 strategische B-52-Fernbomber von Thailand aus in Nord- und Südvietnam operierten. Gleichzeitig stieg die Zahl der US-Jagdbomber in Thailand von 450 auf 750. Bei aller massiven Präsenz hatten aber die amerikanischen Einheiten in Thailand nicht einen einzigen Augenblick die Aufgabe der Bekämpfung örtlicher Guerillaverbände. Es bestand sogar strenger Befehl, sich aus allen Reibereien mit thailändischen Aufständischen herauszuhalten - eine weise Maßnahme, die von den Aufständischen insofern honoriert wurde, als sie ganz selten nur gegen die Amerikaner übergriffen.

Trotz der Aufblähung des Truppenbestandes in Thailand war es aber aufgrund der Nixon-Doktrin beschlossene Sache, daß die Amerikaner auf längere Sicht ihr militärisches Engagement ausdünnen würden. Diese Tendenz zeigte sich schon bald im abnehmenden Dollarstrom.

Die amerikanische Militärhilfe war zunächst von 30 Mio. Dollar i.J. 1965 auf 130 Mio. i.J. 1966 und auf 214 Mio. i.J. 1967 geklettert. Mit 215 Mio. i.J. hatte sie schließlich den Kulminationspunkt erreicht. Dann jedoch begann der Abstieg, 1969: 170 Mio., 1970 ca. 170 Mio., 1971 ca. 140 Mio.

Diese Zahlen deuten bereits an, daß die Guam-Doktrin nicht einfach auf die Formel gebracht werden konnte: "Fortdauerndes amerikanisches Engagement in Asien minus kombattante Streitkräfte", sondern daß der Abzug weitergeht. Die thailändischen Probleme sollen also wirklich, wie es ja in der Nixon-Doktrin beschlossen liegt, "thaisiert" werden.

Entfallen sind die Voraussetzungen, aber nicht nur für ein bilaterales amerikanisch-thailändisches Verteidigungsbündnis, sondern auch für die weiteren Verbleib in der SEATO. Aus diesem Grunde auch trat Thailand - zusammen mit den Philippinen - Ende Juli 1975 aus dem südostasiatischen Verteidigungsbündnis aus.

Eine Fülle neuer Entwicklungen seit Beginn der siebziger Jahre (Annäherung Washington - Peking, Aufbrechen der alten bipolaren Weltordnung und daraus resultierende neue Konfrontation zwischen China und der Sowjetunion, partieller Rückzug der Amerikaner aus Asien im Zeichen der Nixon-Doktrin von 1969 und, nach der Niederlage in Indochina, Zustandekommen diplomatischer Beziehungen zwischen Peking und einigen SEATO-Ländern, Ende des Vietnamkrieges usw.) hatten dazu geführt, daß die Basis für den am 8. September 1954 unterzeichneten Pakt von Manila, der zur Gründung der SEATO führte, praktisch entfallen ist.

Entstanden war das Vertragswerk von Manila aus dem Geist der von Außenminister Dulles (1953 - 1959) konzipierten Antikommunismusstrategie. Die amerikanische Außenpolitik hatte damals gerade mehrere schwere Traumata erlitten: In Europa hatte man die Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs bis in die CSSR und tief nach Deutschland hinein miterleben müssen. Nicht besser schien die Situation in Asien zu sein. Der "Kommunismus" hatte dort - so sah die Lage aus amerikanischer Sicht aus - nur durch härtestes Engagement der UNO (weitgehend USA-Truppen) im Korea-Krieg (1950 - 1953) gebremst werden können. Ein weiterer Guerilla-Krieg, die malayische "Emergency" (1948 - 1960), war zur Zeit der SEATO-Gründung noch voll im Gange. Auch schien der Krieg in Indochina, der durch die Genfer Konferenz (April - Juli 1954) formell abgeschlossen worden war, schon damals einen Sieg des Kommunismus gebracht zu haben.

Dulles trug sich ursprünglich mit dem Plan, alle Staaten der Colombo-Gruppe in die SEATO miteinzubeziehen. Letztlich blieben freilich nur noch acht Interessenten übrig, nämlich die USA als Hauptarrangeur des Bündnisses, ferner Großbritannien, das damals noch Gebiete Südostasiens unter Kontrolle hatte (Sarawak, Sabah, Brunei und Singapur), Frankreich, das in Dien Bien Phu gerade seine Niederlage erlitten hatte, ferner die beiden eng mit den USA verbündeten pazifischen Staaten Neuseeland und Australien, außerdem Pakistan, das damals noch eng mit den USA kooperierte, und - nur! - zwei südostasiatische Staaten, nämlich die Philippinen und Thailand. Mit Hilfe der SEATO glaubten die USA ihre weitgespannte Eindämmungskette um den "Ostblock" herum fast geschlossen zu haben. Es fehlte jetzt nur noch ein Kettenglied in Mittelost, das 1955 in Form der CENTO (Bagdad-Pakt) nachträglich eingefügt wurde. Der Containment-Ring reichte damit von den Aleüten über Japan (Sicherheitsvertrag 1951, später zweimal verlängert), Südkorea (bilaterales Verteidigungsbündnis vom 2.12.1954), Philippinen (bilaterales Verteidigungsbündnis 30.8.1951), über den multinationalen Block der SEA-

TO (der nach Südosten hin durch den ANZUS-Pakt von 1951 - Australien, Neuseeland, USA - ergänzt wurde), über die CENTO (Irak und Türkei, Großbritannien, Pakistan und Iran) bis zum Gebiet der NATO, deren Südostflanke durch die Türkei und Griechenland gebildet wurde.

Dieser "Eindämmungs"-Ring hatte, allgemein gesprochen, eine antikommunistische Stoßrichtung und erhielt im Bereich der SEATO eine zusätzliche antichinesische Spitze, vor allem, soweit Thailand in Frage kam.

Ganz im Gegensatz zur NATO konnte die SEATO allerdings nie eine interalliierte permanente Kommandostruktur entwickeln. Ihr standen auch keine festen Truppenkontingente zur Verfügung. Ihren einzigen militärischen Ausdruck fand sie im Ständigen Planungsstab in Bangkok und in vereinzelt gemeinsamen Manövern. Im Gegensatz zur NATO auch war die SEATO schon von Anfang an eine Art "totgeborenes Kind". Die Mißerfolge begannen schon in den fünfziger Jahren, als Kambodscha und Laos den Schutz des SEATO-Schirmes ablehnten. 1965 zog sich Frankreich aus der Mitarbeit zurück, 1973 trat Pakistan aus, und auch Australien, Neuseeland und Großbritannien spielten mit "Fluchtgedanken". Die Philippinen verließen sich mehr auf das bilaterale Verteidigungsbündnis mit den USA von 1951. Letztlich verblieben als eigentliche Interessenten für eine Weiterexistenz des Bündnisses eigentlich nur noch Thailand und die USA, deren enge Verflochtenheit 1950 im Zeichen des Antikommunismus begann - mit besonderer Spitze gegenüber China, das ja den thailändischen Kommunisten nachhaltig Hilfe gewährte.

Seit der Entspannung des Verhältnisses zwischen China und den USA mußte die Funktion der SEATO als Eindämmungsinstrument gegenüber der Volksrepublik entfallen. Es blieben theoretisch nur noch drei Optionen: Sollte sie zu einem Entwicklungshilfeeinstrument "umfunktioniert" werden? Dieser Weg schien nicht so recht gangbar, weil die SEATO damit in Konkurrenz zu bereits bestehenden Entwicklungshilfeorganisationen, wie der ECAFE und der Asiatischen Entwicklungsbank, geraten wäre. Auch als ein Instrument zur Bekämpfung des sowjetischen Einflusses in Südostasien war sie nicht besonders brauchbar. Zu sehr lasteten die Hypothesen der Vergangenheit auf der SEATO, als daß z.B. die VR China, der ja prinzipiell jedes antisowjetische Instrument nur recht sein kann, mit der Fortexistenz der SEATO hätte einverstanden sein können. Verblieb letztlich nur noch eine einzige raison d'être, nämlich die Schutzfunktion des Bündnisses zugunsten Thailands. Angesichts der sich "thaisierenden" (Nixon-Doktrin!), letztlich vielleicht sogar auf eine Neutralisierung (Kuala Lumpur-Plan von 1971) zusteuernden, in jedem Fall aber immer pekingfreundlicher werdenden Außenpolitik Bangkoks begann freilich auch diese noch verbleibende Restfunktion langsam an Bedeutung zu verlieren. Letztlich war sie nur noch eine Art Verhandlungspfad Thailands gegenüber der Volksrepublik. Nachdem nunmehr im Juli 1975 diplomatische Beziehungen zwischen Bangkok und Peking aufgenommen worden sind, war die SEATO vollends sinnlos geworden. Eines der letzten Reste der Dulles-Politik ist damit aus Asien verschwunden (19).

Wird nun die Sowjetunion in das Vakuum vorstoßen, das durch den Rückzug der Amerikaner und durch die Auflösung der SEATO entstanden ist?

Unter der Überschrift "Ein schlechtes Gewissen" weist Hsin-hua (20) auf das ungewöhnliche Interesse der Sowjetunion an Südostasien hin und spricht zugleich eine Warnung an die "Sowjetrevisionisten" aus: "Die südostasiatische Region gehört den südostasiatischen Völkern, die niemals ein Vakuum in ihrer eigenen Region anerkennen oder jemandem gestatten werden, 'zur Füllung des Vakuums' dorthin zu kommen. Es sind gerade die Sowjetrevisionisten, die unter Ausnützung der Niederlage der US-Imperialisten in Indochina mit allen Mitteln versuchen, in Südostasien einzudringen und das sogenannte 'Vakuum' zu füllen". Die südostasiatischen Völker seien jedoch durch die Erfahrungen der letzten Jahre gewarnt worden. Sie durchschauten die "sowjetischen Sozialimperialisten, über deren Lippen honigsüße Worte kommen, und die in ihren Herzen Mordgedanken tragen". Ein thailändischer Diplomat habe "vor kurzem erklärt: 'Thailand sieht sich der Gefahr des sowjetischen Expansionismus gegenüber'. Die philippinische Presse erklärte, daß die 'Sowjetunion versucht, den Platz der Vereinigten Staaten zu übernehmen, um die Herrschaft über Asien zu erringen'. Diese Äußerungen zeigen, daß die südostasiatischen Völker entschlossen sind, Vorkehrungen gegen den Tiger an der Hintertür zu treffen".

Viel wird davon abhängen, wie Hanoi sich mit der neuen Situation zurechtfindet: Wird es sich vor den russischen Wagen spannen lassen oder wird es dazu übergehen, seine Beziehungen zur VR China - und zu den USA - weiter zu verstärken, um dadurch eine Politik der "Äquidistanz" zwischen den drei Hauptbezugsmächten herzustellen?

So lange Hanoi eine solche Politik nicht deutlich entwickelt hat - und vorerst steht ihr vor allem die amerikanische Weigerung entgegen, mit Nordvietnam zusammenzuarbeiten - bleibt Thailand ein wichtiger antisowjetischer Baustein in Südostasien.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die neue positive Haltung Pekings gegenüber der ASEAN. Seit die Staaten der ASEAN begonnen haben, sich Peking zu nähern und sogar diplomatische Beziehungen zu ihm aufzunehmen, hat sich die Volksrepublik zunehmend bereit gezeigt, die ASEAN als einen positiven Faktor anzuerkennen. Welchen Stellenwert man diesem 1967 geschaffenen Bündnis zumißt, geht aus folgenden Zitaten hervor: "Fünf südostasiatische Staaten - Malaysia, die Philippinen, Thailand, Singapur und Indonesien - intensivieren ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit, um ihre wirtschaftlichen Rechte und Interessen zu verteidigen. Dies ist ein bemerkenswerter Aspekt des Kampfes der Dritten Welt gegen den Imperialismus und den Hegemonismus ... Die Praktiken der Imperialisten und besonders der Supermächte, auf Kosten der anderen Profit zu erzielen, ließen die fünf Länder immer klarer erkennen, daß sie ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit stärken und - gestützt auf die kollektiven Kräfte - die fremde Kontrolle abschütteln müssen, wenn sie sich von der Ausplünderung und Ausbeutung durch Imperialisten und besonders die Supermächte freimachen und ihre wirtschaftlichen Rechte und Interessen verteidigen wollen ... In ihrem Kampf gegen das Herabdrücken des Zinnpreises durch die USA, die Sowjetunion u.a. zwangen Malaysia, Thailand und andere Zinnproduzenten Ende des letzten Januar noch einmal die Zinnverbraucher, einer Erhöhung des Zinnpreises ... zuzustimmen ... Um den Preis für Kautschuk zu stabilisieren, sind Malaysia, Indonesien und Thailand Anfang März dieses Jahres übereingekom-

men, eine Organisation zur Ausarbeitung eines internationalen Pufferplans für Kautschuklagerung zu bilden ... Ende des letzten Jahres errichteten Malaysia, die Philippinen und Indonesien eine Gesellschaft für die Holzproduzenten, um gemeinsame Aktionen zur Erhöhung und Sicherung von Holzproduktion und -export der drei Länder und zur Stabilisierung des Holzpreises zu ergreifen ... Die fünf Länder stabilisieren die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit untereinander. Malaysia und Thailand unterzeichneten ein Abkommen über die Verstärkung der Zusammenarbeit in der Zivilluftfahrt. Die beiden Seiten studieren ferner Pläne für gemeinsame Investitionen im Hochseefischfang und den Austausch von Energierohstoffen und Elektrizität. Malaysia und die Philippinen planen gemeinsame Investitionen in die Industrie zur Produktion von Ersatzteilen - Hinterachsen für Kraftwagen. Singapur und die Philippinen sind übereingekommen, Maßnahmen für die Erweiterung des bilateralen Handels und die Stärkung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu ergreifen. ... In den letzten Jahren hat die ASEAN eine Anzahl Ständiger Organe errichtet, um ihre Zusammenarbeit zu koordinieren und zu regulieren. Sie haben vorgeschlagen, sich gegenseitig mit Rohmaterialien und Nahrungsmitteln zu unterstützen, Erfahrungen in der agrarischen und in der Produktion industrieller Rohmaterialien auszutauschen und gemeinsame Investitionen beim Bau der Industrien für chemischen Dünger, Eisen, Stahl, Papier, Automobile u.a. Güter geplant. Sie haben die Errichtung eines Organes für die Verhandlungen über Handel vereinbart, um durch die Regelung ihrer Zölle den regionalen Handel auszuweiten und ein Handelssystem der gegenseitigen Begünstigung zu schaffen" (21).

In diesem Zusammenhang folgt nun noch ein wichtiger Satz, der im Laufe des Jahres 1975 schon mehrere Male aufgetaucht ist, und der sich genau dem 1974 verkündeten Drei-Welten-Konzept einordnet: "Während sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern der Dritten Welt aktiv entwickelt, bemühen sich die fünf Länder auch um die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ländern der Zweiten Welt. Im letzten Jahr erreichten die fünf Länder und die EWG nach wiederholten Verhandlungen ein Abkommen, durch das die EWG ihre exportierten Industriewaren zollfrei und ihre landwirtschaftlichen Produkte zu vermindertem Zoll abgeben" (22).

VI. Kaufabschluß als Nachspiel

Wie in Bangkok am 17. Juli 1975 nachträglich bekannt wurde, hat China mit Thailand einen Kaufvertrag über 200.000 t Thai-Reis abgeschlossen. Neben der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wäre dies das erste wirtschaftliche Ergebnis des Besuchs des thailändischen Ministerpräsidenten in China. Der Kauf wäre dazu angetan, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu zementieren; ist doch Thailands Hauptausfuhrprodukt Reis, so daß durch einen so hohen Posten die Marktverhältnisse in dem südostasiatischen Staat stabilisiert werden könnten.

Schon vor dem Besuch des thailändischen Ministerpräsidenten hatte man sich in Thailand darüber besorgt gezeigt, daß China in nächster Zeit größere Mengen seines Reisüberschusses auf solche asiatischen Märkte werfen könnte, die bisher traditionell von Thailand beliefert worden sind (23).

- 1) NCNA, 30.6.1975.
- 2) Näheres dazu C.a.1975/Juli, Ü 15.
- 3) PRu 1975, Nr. 27, S.11 f.
- 4) Ebd.
- 5) Ebd., S.13.
- 6) Ebd., S.12.
- 7) PRu 1975, Nr. 27, S.8 f.
- 8) Näheres dazu die systematische und ausführliche Darstellung in C.a. 1973/ Mai, S.204 - 214.
- 9) Dazu im einzelnen Fred W. Riggs, "Thailand: The Modernization of a Bureaucratic Policy", East West Centre Press, Honolulu 1966.
- 10) Hierzu Robert F. Zimmermann, "Student Revolution in Thailand. The End of the Thai Bureaucratic Policy?" (Agency for International Development, Bangkok, Dezember 1973).
- 11) TASS englisch, 1.7.1975.
- 12) M.D. Asien, 10.4.1974, S. 2.
- 13) Dazu im einzelnen C.a., 1974/7, S.415 - 421.
- 14) C.a. 1975/Juli, S.366.
- 15) Hierzu NZZ, 25.8.1974.
- 16) PRu 1975, Nr. 27, S.3.
- 17) Zitiert in SZ und "Welt", 10.7.1975.
- 18) "Times", 4.7.1975.
- 19) Näheres C.a.1975/ März, S.134-139.
- 20) NCNA, 4.7.1975.
- 21) PRu 1975, Nr.25, S.15 f.
- 22) Ebd., S.16.
- 23) IHT, 19.7.1975.

SPORTFÖRDERUNG UND INTERNATIONALE POLITIK DER VR CHINA

Richard v. Schirach

Während die Teilnahme Pekings an den Olympischen Spielen 1976 in Montreal weiterhin umstritten ist (1), bereitet sich die Volksrepublik gegenwärtig auf die Dritten Nationalen Spiele vor, welche vom 7. - 27. September in Peking abgehalten werden. Für die 31 Mannschaften aus den verschiedenen Provinzen, Autonomen Regionen und der Volksbefreiungsarmee VBA, die an den Wettkämpfen teilnehmen sollen, sind - neben 8 Disziplinen für Jugendliche - insgesamt 28 verschiedene Sportarten ausgeschrieben, wie Fußball, Basketball, Baseball, Handball, Leichtathletik, Schwimmen, Tauchen, Wasserball, Rudern, Turnen, Kunstturnen, akrobatische Gymnastik, Gewichtheben, Schießen, Bogenschießen, Fechten, Wushu, Radfahren, Ringen im chinesischen Stil, Schach (Weichi und internationales Schach), Eishockey, Eisschnelllauf und -kunstlauf und Skilaufen.

Seitdem das Vorbereitende Komitee für die Dritten Nationalen Spiele im Februar dieses Jahres ein Zirkular über die Bildung einer Sportdelegation, welche die Provinz Taiwan repräsentieren sollte, veröffentlichte, wurde inzwischen bekannt, daß die Auswahl der Sportler, "die aus der Provinz stammen und auf dem Festland leben" und solchen "von taiwanesischer Herkunft in Hong Kong, Macao und in Übersee" abgeschlossen wurde. Die Zahl der ursprünglichen 600 Anwärter und Anwärterinnen auf einen Platz in der taiwanesischen "Auswahlmannschaft" schrumpfte nach den Ausscheidungskämpfen der letzten Monate auf 100 Sportler, die sich gegenwärtig zu Studien- und Trainingskursen in Peking aufhalten (2).

Die politische Bedeutung, die der Sportdelegation der Provinz Taiwan - welche sich überwiegend aus taiwanesischen Sportlern, die im Staatsgebiet der VR China ansässig sind, rekrutiert - beigemessen wird, zeigte sich bereits in den Auswahl-

entscheidungen, in deren Verlauf führende Mitglieder des mit der Vorbereitung der Spiele beauftragten Auswahlkomitees, wie der aus Taiwan stammende Tsai Hsiao, Mitglied des ZK der KPCh und führendes Mitglied des Vorbereitenden Büros für die Sportdelegation der Provinz Taiwan, sowie Lin Li-yun, Mitglied des ZK des Volkskongresses und Chen Yi-sung, Mitglied des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresskomitees, zugegen waren.

Die letzten (d.h. Zweiten) Nationalen Spiele hatten im September 1965 in Peking stattgefunden; dabei waren 130 nationale Rekorde und neun Weltrekorde (jeweils zwei im Gewichtheben, Bogenschießen und Fallschirmspringen und drei im Schießen) aufgestellt worden.

Die Kulturrevolution zeitigte auch auf sportlichem Gebiet einschneidende Folgen: Als während der Kulturrevolution einige der führenden Sportfunktionäre und Athleten - einschließlich des neuen Direktors der Kommission des Staatsrates für Leibeserziehung und Sport, Chuang Che-tung - von den Roten Garden als Anhänger der "revisionistischen Sportpolitik" Liu Shao-ch'is wegen der Betonung von "Siegen" und "Auszeichnungen" attackiert wurden, waren die Nationalen Spiele ausgesetzt worden. Demgegenüber wurde seit 1971 das Prinzip "Zuerst Freundschaft und dann Wettkampf" für sportliche Begegnungen in und außerhalb Chinas propagiert.

Während reguläre nationale und provinzielle Sportwettkämpfe - einschließlich der jährlich stattfindenden Leichtathletikveranstaltungen - 1972 wiederaufgenommen wurden, markiert die Teilnahme Pekings an den Asiatischen Spielen 1974 in Teheran den Wiedereintritt der VR China in die internationale Sportarena.

Heute verfügt die VR China über sieben Sporthochschulen.